

Anfrage öffentlich	Datum 12.06.2012	Nummer F0126/12
Absender Frank Theile Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei		
Adressat Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 05.07.2012	

Kurztitel Folgen des zunehmenden Wohnungsleerstandes in Sachsen-Anhalt

Anfang Juni 2012 legten die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaftsverbände ihre Jahresstatistik vor und machten u. a. auf zwei gravierende Sachverhalte aufmerksam, die auch für die LH Magdeburg Relevanz besitzen.

1. Aus der zunehmend deutlicher werdenden Gemengelage von Wegzügen, einer alternden Bevölkerung und geburtenschwachen Jahrgängen ergibt sich nach Prognosen der Wohnungswirtschaft ein für Sachsen-Anhalt signifikanter Bevölkerungsrückgang von ca. einer knappen halben Million Menschen, mit möglichen Auswirkungen auch auf die LH Magdeburg. Damit verbunden sei nach Feststellung der Wohnungswirtschaft, bezogen auf den Zeitraum bis ca. 2025, eine jährliche Zunahme des Wohnungsleerstandes um ca. 8000 Wohnungen. Die Wohnungswirtschaft ist nicht in der Lage diese Entwicklung, mit all den hieraus resultierenden unternehmerischen und städteplanerischen Verwerfungen und Folgen, aus eigener Kraft und vor allem finanziell zu kompensieren.

2. Im Gefolge einer kontinuierlichen und weiter zunehmenden Arbeitsmarktentwicklung weg von Vollzeitbeschäftigung hin zu Billiglohn-, Leih- und Teilzeitarbeitsverhältnissen sowie einer gleichzeitigen, rigiden Harz-IV-Umsetzung, steigen u. a. die offenen Forderungen der Wohnungswirtschaft für Betriebs- und Heizkosten bei nahezu allen sachsen-anhaltischen Wohnungsunternehmen. Die Mindereinnahmen führen nach Ermittlungen der Wohnungsverbände in vielen Fällen auf Seiten der Wohnungsunternehmen zur Zurückstellung notwendiger energetischer Sanierungsmaßnahmen und Investitionen in die Bestände sowie deren Umfeld.

Die von den Wohnungsverbänden dargestellte Sachlage wird, zumindest in Ansätzen, auch im bisherigen Entwurf des ISEK der LH Magdeburg an mehreren Stellen in ähnlicher Weise angedeutet. Allerdings scheinen die bisherigen Schlussfolgerungen des ISEK, den von den Wohnungsverbänden beschriebenen, möglichen Entwicklungen nicht adäquat zu sein.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister:

1. Wie schätzt die Stadtverwaltung die Entwicklung der vorgenannten Problemfelder in Bezug auf die konkrete Situation der Landeshauptstadt Magdeburg ein?
2. Was beabsichtigt die Landeshauptstadt Magdeburg in städtebaulicher/-planerischer und finanzieller Hinsicht zu unternehmen, um der prognostizierten Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Wohnungsbestände in Magdeburg sowie deren Folgen für die lokale Wohnungswirtschaft, rechtzeitig und konzertiert mit den maßgeblichen Akteuren, entgegenzuwirken?

3. Beabsichtigt die Landeshauptstadt Magdeburg auch (ggf. auf überregionaler Ebene, mglw. im Zusammenwirken mit den Wohnungsverbänden und/oder anderen Akteuren) Initiativen zu ergreifen, um eine kontinuierliche und aufgabengerechte Entwicklung der Magdeburger Wohnungswirtschaftsunternehmen zu gewährleisten?

Wenn ja: welche und wann?

Wenn nein: Warum sieht die Stadtverwaltung keinen Handlungsbedarf?

Ich bitte Sie um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Antwort.

Frank Theile
Fraktionsvorsitzender